



GESUNDHEITS- POLITISCHER KOMPASS

4. Quartal 2019

Rückblick
Wintersession
2019

Weitere
gesundheitspolitische
Themen

EIN SERVICE VON



MSD

INVENTING FOR LIFE

Rückblick Wintersession 2019

Vom 2. bis am 20. Dezember 2019 haben sich die eidgenössischen Räte zur Wintersession getroffen. Dabei fanden unter anderem auch Wahlen statt: Die Vereinigte Bundesversammlung hat die sieben Mitglieder des Bundesrates, welche wieder zur Wahl antraten, für die nächsten vier Jahre (2020 – 2023) gewählt. Die Bundesversammlung hat ebenfalls Bundeskanzler Walter Thurnherr wiedergewählt. Simonetta Sommaruga wurde zur Bundespräsidentin und Guy Parmelin zum Bundesratsvizepräsidenten für das Jahr 2020 gewählt.

Abstract

Gesundheitspolitik

- Der Ständerat hat als Erstrat eine Motion ([19.4119](#)) gutgeheissen, welche verlangt, dass der **Einsatz E-Health-gestützter klinischer Entscheidungsunterstützungstools** zur Vermeidung von Dosierungsfehlern mindestens im stationären Bereich und in der Offizinapotheke als verbindlich erklärt werden.
- Das Parlament hat den Bundesrat mittels Motion ([19.3228](#)) beauftragt, einen Gesetzentwurf zur **Revision des Schweizer Patentrechts** vorzulegen. Dieser Entwurf soll insbesondere eine für Benutzer attraktive Patentprüfung vorsehen, welche internationalen Standards entspricht sowie ein effizientes und kostengünstiges Einspruchs- und Beschwerdeverfahren vorsieht.
- Beim Geschäft **Zulassung von Leistungserbringern** ([18.047](#)) hält der Nationalrat daran fest, die Ärztezulassung mit der Vorlage über die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen zu verknüpfen: Künftig sollen die Kantone ambulante Leistungen, die heute allein von den Krankenkassen bezahlt werden, mitfinanzieren müssen. Die Kantone sind mit den Plänen des Parlaments aber nicht einverstanden und drohen mit dem Kantonsreferendum. Vor diesem Hintergrund hat sich der Ständerat ein weiteres Mal gegen die Verknüpfung ausgesprochen.
- Der Ständerat hat als Erstrat eine Motion ([19.4120](#)) angenommen, welche die Grundlage schaffen würde, dass die **Besonderheiten der Kinder- und Jugendmedizin** zukünftig in den Sozialversicherungstarifen adäquat abgebildet wären.

Im Parlament behandelte Geschäfte

Bei positivem Endresultat potentielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

18.485	Parlamentarische Initiative	Eingereicht von Philippe Nantermod (FDP)
Chronische Krankheiten. Programme für die Behandlung und Vorteile für die Patientinnen und Patienten		
Status: keine Folge gegeben vom Nationalrat → das Geschäft ist vom Tisch.		

Das Bundesgesetz über die Krankenversicherung und die anderen einschlägigen Gesetzesgrundlagen sind so zu ändern, dass der Bundesrat, die Patientenorganisationen, die Leistungserbringer und die Versicherer Vereinbarungen abschliessen können, die einen Plan zur integrierten Behandlung bei bestimmten chronischen Krankheiten vorsehen.

Die versicherte Person soll von der Kostenbeteiligung befreit werden können, wenn sie die verschriebene Behandlung einhält. Der Nachweis dafür kann namentlich über medizinische Gutachten oder technische Mittel erbracht werden.

Relevant u. a. für Krankenkassen, Ärzte/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20180485>

18.484	Parlamentarische Initiative	Eingereicht von Philippe Nantermod (FDP)
Referenzfranchise von 1 500 Franken zur Reduktion der Krankenversicherungsprämien		
Status: keine Folge gegeben vom Nationalrat → das Geschäft ist vom Tisch.		

Das Bundesgesetz über die Krankenversicherung wird wie folgt geändert:

Art. 64 Abs. 3:

Die Referenzfranchise beträgt 1 500 Franken. Der Bundesrat bestimmt die wählbaren Franchisen und setzt für den Selbstbehalt einen jährlichen Höchstbetrag fest.

Relevant u. a. für Krankenkassen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20180484>

17.452	Parlamentarische Initiative	Eingereicht von Thomas Burgherr (SVP)
Die Selbstverantwortung im Gesundheitswesen stärken		
Status: keine Folge gegeben vom Nationalrat → das Geschäft ist vom Tisch.		

Das KVG und allenfalls weitere Gesetze werden dahingehend angepasst, dass bei ambulanten Praxis- oder Spitalbesuchen für jeden neuen Behandlungsfall ein symbolischer Selbstkostenanteil in bar erhoben wird. Der Barbetrag ist von den Leistungserbringern an Ort und Stelle einzuziehen. Er beträgt in Spitalambulatorien das Doppelte des Betrages in freien Arztpraxen. Der Gesetzgeber definiert die Patientengruppen und medizinischen Massnahmen, die davon befreit sind. Der Bundesrat erlässt eine Inkassolösung für Härtefälle (randständige Personen usw. ohne Barschaft).

Relevant u. a. für Ärzte/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20170452>

Bei positivem Endresultat potentielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

19.4327 Motion	Eingereicht von Bea Heim (SP)
Internationale Ministerkonferenz in der Schweiz mit dem Ziel, forschungsfreundliche Rahmenbedingungen zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen zu schaffen	
Status: keine Folge gegeben vom Nationalrat → das Geschäft ist vom Tisch.	

Der Bundesrat wird beauftragt, in der Schweiz eine internationale Ministerkonferenz mit dem Ziel der Erforschung neuer Antibiotika durchzuführen.

Relevant u. a. für Pharmaindustrie und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194327>

19.4291 Postulat	Eingereicht von Bea Heim (SP)
Antibiotikakrise. Die Erforschung und Entwicklung innovativer Antibiotika erfordert neue finanzielle Anreize	
Status: abgelehnt vom Nationalrat → das Geschäft ist vom Tisch.	

Der Bundesrat wird aufgefordert, neben den bestehenden Aktivitäten (Star, NFP 72 u. a.) Wege zu eruieren, wie die Forschung und Entwicklung neuer Antibiotika im internationalen Verbund gefördert werden kann. Dies soll insbesondere die wissenschaftliche und praktische Exploration von Pull-Mechanismen umfassen, aber auch die Prüfung einer internationalen Zusammenarbeit beinhalten.

Relevant u. a. für Pharmaindustrie und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194291>

19.4119 Motion	Eingereicht von Hans Stöckli (SP)
Erhöhung der Arzneimittelsicherheit in der Pädiatrie. Medikationsfehler durch E-Health reduzieren	
Status: angenommen vom Ständerat → das Geschäft geht nun an den Nationalrat.	

Der Bundesrat wird beauftragt, folgende Massnahmen zu ergreifen, welche die Anwendungssicherheit von Kinderarzneimitteln erhöhen:

1. Zur Erhöhung der Arzneimittelsicherheit in der Pädiatrie wird der Bundesrat aufgefordert, seine Kompetenz im Rahmen von Artikel 26 HMG auszuschöpfen und den Einsatz E-Health-gestützter klinischer Entscheidungsunterstützungstools zur Vermeidung von Dosierungsfehlern mindestens im stationären Bereich und in der Offizinapotheke als verbindlich zu erklären.
2. Die Kosten für die Implementierung der harmonisierten Dosierungsempfehlungen und die Anwendung von E-Health-gestützten klinischen Entscheidungsunterstützungstools sind in den Tarifen zu berücksichtigen.

Relevant u. a. für Ärzte/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194119>

Bei positivem Endresultat potentielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

19.3228 Motion	Eingereicht von Thomas Hefti (FDP)
Für ein zeitgemässes Schweizer Patent	
Status: angenommen von beiden Räten → der Bundesrat wird nun ein Gesetz ausarbeiten.	

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Gesetzentwurf zur Revision des Schweizer Patentrechts vorzulegen. Dieser Entwurf soll insbesondere eine für Benutzer attraktive Patentprüfung vorsehen, welche internationalen Standards entspricht sowie ein effizientes und kostengünstiges Einspruchs- und Beschwerdeverfahren vorsieht. Zudem soll ein inhaltlich ungeprüftes Gebrauchsmuster eingeführt werden.

Relevant u. a. für Pharmaindustrie

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20193228>

18.047 Geschäft des Bundesrates
KVG. Zulassung von Leistungserbringern
Status: Differenzbereinigungsverfahren (2 Mal im Nationalrat, 2 Mal im Ständerat) → das Geschäft geht nun wieder zurück an den Nationalrat.

Der so genannte Ärztestopp ist seit 2001 nur provisorisch geregelt. Die beiden Kammern sind sich zwar einig, dass der Zustrom von Ärzten aus dem Ausland gebremst werden muss. Von einer Einigung sind sie aber weit entfernt. Der Nationalrat beharrt darauf, die Ärztezulassung mit der Vorlage über die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen zu verknüpfen: Künftig sollen die Kantone ambulante Leistungen, die heute allein von den Krankenkassen bezahlt werden, mitfinanzieren müssen. Die Kantone sind mit den Plänen des Parlaments aber überhaupt nicht einverstanden. Sie drohen mit dem Kantonsreferendum. Vor diesem Hintergrund hat sich der Ständerat ein weiteres Mal gegen die Verknüpfung ausgesprochen.

Relevant u. a. für Spitäler, Ärzte/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20180047>

19.4120 Motion	Eingereicht von Damian Müller (FDP)
Mehr Zeit für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen	
Status: angenommen vom Ständerat → das Geschäft geht nun an den Nationalrat.	

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Erlassentwurf zu unterbreiten, der die Grundlage schafft, dass die Besonderheiten der Kinder- und Jugendmedizin zukünftig in den Sozialversicherungstarifen adäquat abgebildet werden.

Relevant u. a. für Krankenkassen, Ärzte/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20194120>

Weitere gesundheitspolitische Themen im 4. Quartal

Im letzten Quartal wurden ausserdem die folgenden gesundheitspolitischen Themen diskutiert.

Die Wahlen 2019

Das Endresultat der Nationalratswahl

Die Gewinner: Die Grünen haben bei den Nationalratswahlen einen historischen Sieg errungen – auf Kosten der Rechten und Linken. Sie gewinnen 17 Sitze und kommen neu auf 28 Mandate. Damit überholen sie die CVP.

Die Verlierer sind die grossen Polparteien: Die SVP bleibt zwar die stärkste Partei, verliert aber 12 Sitze. Die SP büsst 4 Sitze ein.

Relevant u. a. für Bund und Schweizer Bevölkerung

Quelle: <https://www.srf.ch/news/schweiz/wahlen-2019/endresultat-nationalrat-gruene-lassen-cvp-hinter-sich>

Das Endresultat der Ständeratswahl

Bei den Wahlen zum 46. Ständerat haben die Grünen vier Sitze und Volkspartei (SVP) einen Platz gewonnen, während die Sozialdemokraten (SP) drei und Liberalen (FDP) mit Bürgerlich-Demokratischen (BDP) jeweils einen Sitz verloren haben.

Relevant u. a. für Bund und Schweizer Bevölkerung

Quelle: <https://www.srf.ch/news/wahlen-2019-resultate>

SRF Schweizer Radio und Fernsehen

H+ Spital- und Klinik-Barometer 2019

Nur noch eine knappe Mehrheit der Stimmberechtigten zieht es vor, das Kostenwachstum im Gesundheitswesen politisch zu steuern. Mehr Befragte als 2018 möchten die Kostensteigerung dem Markt überlassen. Die Zustimmung zu einem kantonalen Kostendach (13 %) hat um 35 Prozentpunkte abgenommen. Unveränderte 87 % der Befragten erachten die Gesundheitskosten als eine hohe Belastung für mittlere Einkommen.

Relevant u. a. für Bund, Patienten/-innen und Schweizer Bevölkerung

Quelle: https://www.hplus.ch/fileadmin/hplus.ch/public/Medien/Medienmitteilungen/2019/H__Spital_und_Klinik-Barometer/Medienmitteilung_H_Spital-_und_Klinik-Barometer_2019_d.pdf



HIV-Diagnosen

Die Zahl der HIV-Diagnosen erreicht dank Screening und frühzeitiger Behandlung einen historischen Tiefstand: 2018 wurden dem Bundesamt für Gesundheit 425 neue Fälle gemeldet, 4.5 % weniger als 2017. Auch die Präexpositionsprophylaxe hat wahrscheinlich zu dieser Abnahme beigetragen.

Relevant u. a. für Gesundheitswesen und Schweizer Bevölkerung

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-76629.html>

Bundesamt für Gesundheit
BAG

Gesundheitsausgaben in den OECD-Ländern 2018

In der neuesten Ausgabe «Gesundheit auf einen Blick 2019» zeigt sich, dass die Vereinigten Staaten im Jahr 2018 mit 16.9 % des BIP am meisten für die Gesundheitsversorgung ausgaben, vor der Schweiz, welche mit 12.2 % das nächsthöchste Ausgabenland ist. Deutschland, Frankreich, Schweden und Japan gaben knapp 11 % des BIP aus, während einige wenige Länder weniger als 6 % ihres BIP für die Gesundheitsversorgung ausgaben, darunter Mexiko, Lettland, Luxemburg und die Türkei mit 4.2 %.

Relevant u. a. für Gesundheitswesen und Bevölkerung

Quelle: <http://www.oecd.org/health/health-at-a-glance-19991312.htm>



3-Jahres-Preisüberprüfung

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat im Rahmen der dreijährlichen Überprüfung für das Jahr 2019 die Preise von 257 Originalpräparaten um durchschnittlich 16.3 % gesenkt. Es werden aufgrund dieser Überprüfung Einsparungen von 100 Millionen Franken erwartet. Dank der Überprüfungsperiode 2017 bis 2019 ergeben sich somit Einsparungen von rund 450 Millionen Franken.

Relevant u. a. für Gesundheitswesen, Pharmaindustrie und Schweizer Bevölkerung

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-76806.html>

Bundesrat

Sicherheitsmerkmale von Humanarzneimitteln

Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) hat eine Vernehmlassung zur neuen Verordnung über Sicherheitsmerkmale auf Arzneimittelverpackungen eröffnet.

Relevant u. a. für Pharmaindustrie

Quelle: https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/3089/Verpackung-von-Humanarzneimitteln_Entwurf_de.pdf

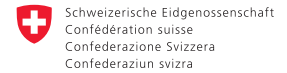
Eidgenössisches
Departement des Innern
EDI

Gesundheitsstatistik 2019

Im Jahr 2017 gaben 26 % der Bevölkerung an, an ihrem Wohnort verkehrsbedingten Störungen ausgesetzt zu sein.
In der ersten Hälfte der 2010er-Jahre erkrankten jährlich nahezu 40 500 Personen an Krebs. Gleichzeitig nahm aber die Sterblichkeit durch diese Krankheit ab.
2017 wurden in der Gesundheitsversorgung knapp 326 000 Beschäftigte in Vollzeit-äquivalenten gezählt, davon 165 000 im Spitalbereich.

Relevant u. a. für Bund, Spitäler und Schweizer Bevölkerung

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.10270734.html>



Bundesamt für Statistik

Nationaler Qualitätsbericht

In der Schweiz muss die Qualität der medizinischen Versorgung verbessert werden. Dies zeigt der nationale Qualitätsbericht im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG). Der Bericht kritisiert vor allem die mangelnde Transparenz über die Qualität. Es liegen zu wenig Informationen vor, um Verbesserungen vorzunehmen. Mit der kürzlich beschlossenen Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) erhält der Bund die rechtliche Basis und die finanziellen Mittel, um die Qualität und die Patientensicherheit nachhaltig zu stärken.

Relevant u. a. für Bund, Gesundheitswesen und Schweizer Bevölkerung

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-76966.html>

Bundesrat

Nationale Plattform Demenz

Die Nationale Demenzstrategie 2014 – 2019 wird in eine Plattform überführt. Dort wird der fachliche Austausch zwischen den nationalen Akteuren sowie den kantonalen Behörden und den Gemeinden, das gemeinsame Erarbeiten von Massnahmen sowie deren Verankerung in die Praxis ermöglicht. Die verschiedenen Aktivitäten im Bereich Demenz werden somit koordiniert und für alle sichtbar.

Relevant u. a. für Patienten/-innen und Schweizer Bevölkerung

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-76802.html>

Bundesrat

Strukturdaten der Arztpraxen und ambulanten Zentren 2017

Im Jahr 2017 gab es in der Schweiz 17 560 Arztpraxen und ambulante Zentren. An den 17 860 Standorten arbeiteten über 20 000 Ärztinnen und Ärzte mit einem durchschnittlichen Beschäftigungsgrad von 75 %. Nahezu die Hälfte der 35- bis 44-jährigen Ärztinnen und Ärzte war in der medizinischen Grundversorgung tätig. Drei Viertel der Ärztinnen und Ärzte unter 45 Jahren führten die Krankengeschichten ihrer Patientinnen und Patienten komplett elektronisch.

Relevant u. a. für Ärzte/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-76775.html>

Bundesrat



Brexit: Genehmigung eines Abkommens zum Erhalt der sozialen Sicherheit

Bundesrat

Im Fall eines Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU, allenfalls nach einer Übergangsperiode, werden die zwischen der Schweiz und der EU geltenden Abkommen mit dem Vereinigten Königreich nicht mehr anwendbar sein. Der Bundesrat möchte deshalb sicherstellen, dass die zwischen den beiden Ländern heute bestehenden Rechte und Pflichten über den Brexit hinaus Geltung haben («Mind the gap»-Strategie).

Der Bundesrat hat ein befristetes Abkommen mit dem Vereinigten Königreich zur Koordinierung der Sozialversicherungen nach dem Brexit genehmigt. Die beiden Staaten haben das Abkommen unterzeichnet. Es ist vorgesehen für den Fall, dass das Vereinigte Königreich die EU ohne Austrittsvereinbarung verlässt und soll sicherstellen, dass die Regeln des Abkommens über die Personenfreizügigkeit betreffend die soziale Sicherheit zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich vorübergehend ihre Gültigkeit bewahren. Das Abkommen ist Teil der «Mind the gap»-Strategie, mit der der Bundesrat die bestehenden gegenseitigen Rechte und Pflichten über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU hinaus erhalten will.

Relevant u. a. für britische Ärzte/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-76850.html>

Datenschutzkonvention des Europarates

Bundesrat

Der Bundesrat unterzeichnet das Änderungsprotokoll zur Datenschutzkonvention 108 des Europarats. Mit der Unterzeichnung bekennt sich die Schweiz zu einem international anerkannten Datenschutzstandard; der Schutz von Personendaten wird damit in den Vertragsländern verstärkt.

Relevant u. a. für Bund und Schweizer Bevölkerung

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-76861.html>

Der Krankenversicherungsprämien-Index (KVPI) 2019

Bundesrat

Der Krankenversicherungsprämien-Index (KVPI) verzeichnete für das Prämienjahr 2019 ein Wachstum von 0.8 % gegenüber dem Vorjahr. Der KVPI erreicht damit einen Indexstand von 194.4 Punkten (Basis 1999 = 100). Gemäss der KVPI-Modellrechnung des Bundesamtes für Statistik (BFS) reduziert die geringe Prämiensteigerung das Wachstum des verfügbaren Durchschnittseinkommens 2019 nicht.

Relevant u. a. für Krankenkassen und Schweizer Bevölkerung

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-77138.html>

Helsana-Arzneimittelreport 2019

Der neueste Helsana-Arzneimittelreport zeigt: Die Medikamentenkosten zu Lasten der Grundversicherung erreichen einen neuen Höchststand und belaufen sich 2018 auf 7.6 Milliarden Franken. Seit 2010 stiegen die Medikamentenkosten um gut 50 %. Die neuerliche Zunahme fiel jedoch im Vergleich zu den Vorjahren dank der Preisüberprüfung durch das BAG sowie auslaufender Patente der Originalpräparate geringer aus (+0.8 %). Die sechste Auflage des Helsana-Arzneimittelreports fokussiert auf Analysen zu Antibiotika und klinisch relevanten Arzneimittelkombinationen.

Relevant u. a. für Krankenkassen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.helsana.ch/docs/anzneimittelreport-2019.pdf>

Helsana

TARMED: Tarifeingriff des Bundesrats führt zu Einsparungen

Die TARMED-Leistungen, die 2018 zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) abgerechnet wurden, haben im Vergleich zum Vorjahr um 119 Millionen Franken abgenommen.

Relevant u. a. für Krankenkassen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-77387.html>

Bundesrat

Pharmastandort Schweiz 2030

Interpharma präsentiert ihren Strategiebericht «Pharmastandort Schweiz 2030». Darin skizziert Interpharma einen Weg, wie die Schweiz auch 2030 der führende Pharmastandort Europas bleiben kann. Die Schwerpunkte sind dabei: Der Patient im Mittelpunkt, starke wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und Führung in Forschung und Entwicklung

Relevant u. a. für Pharmaindustrie, Wirtschaft und Schweizer Bevölkerung

Quelle: <https://www.interpharma.ch/medienmitteilungen/8182-pharmastandort-schweiz-2030-eine-starke-branche-einem-herausfordernden>

interpharma^{ph}

Neue Schwerpunkte in der Strategie Gesundheit2030

In der Strategie 2020 – 2030 legt der Bundesrat die gesundheitspolitischen Prioritäten für die kommenden zehn Jahre fest. Im Zentrum stehen die vier dringlichsten Herausforderungen für das Gesundheitswesen: der digitale Wandel, ein gesundes Arbeitsumfeld und umweltbedingte Gesundheitsrisiken, die demographischen Veränderungen sowie eine qualitativ hochstehende, bezahlbare Versorgung. Mit dem digitalen Wandel sowie mit den Arbeits- und Umweltthemen setzt der Bundesrat zwei neue Schwerpunkte.

Relevant u. a. für Bund und Schweizer Bevölkerung

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-77412.html>

Bundesrat

Förderung des Tierwohls

Um die Bedingungen bei Tierversuchen und den Schutz von Labortieren stetig zu verbessern und zu fördern, wurde 2010 von der forschenden Pharmaindustrie der Schweiz die Tierschutzcharta ins Leben gerufen.

Die forschende Pharmaindustrie erfüllt in der Schweiz die Auflagen einer der weltweit striktesten Tierschutzgesetzgebungen. Die Interpharma-Mitgliedsfirmen sind sich ihrer Verantwortung bewusst und sind basierend auf der im Jahr 2010 geschaffenen Zehnpunktecharta bestrebt, die hohen Standards bei Tierversuchen durch konkrete Projekte laufend weiterzuentwickeln und weltweit Verbesserungen zu implementieren.

Relevant u. a. für Pharmaindustrie

Quelle: <https://newsroom.interpharma.ch/2019-12-12-foerderung-des-tierwohls>

Die Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt (Tierversuchsverbotsinitiative)»

Der Bundesrat hat sich gegen die Initiative ausgesprochen. Er hat die entsprechende Botschaft ans Parlament überwiesen. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass Mensch und Tier in der Forschung bereits gut geschützt sind. Zudem würde das geforderte Importverbot die Schweizer Bevölkerung benachteiligen.

Relevant u. a. für Pharmaindustrie

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-77551.html>

Benchmarking-Studie 2019 Zulassungszeiten 2019

Die pharmazeutischen Firmen und Swissmedic haben 2019 zum sechsten Mal die gemeinsame Benchmarking-Studie der Zulassungszeiten für Humanarzneimittel für das Jahr 2018 durchgeführt. Dabei wurden die Zulassungszeiten der European Medicines Agency (EMA), der US Food and Drug Administration (FDA) und Swissmedic verglichen.

Bei den Neuanmeldungen neuer aktiver Substanzen (NA NAS) im Standardverfahren liegt der Medianwert für die Gesamtdurchlaufzeit in der Schweiz bei 555 Kalendertagen (KT) (+ 56 KT; +11 %), derjenige der EMA bei 410 KT und der FDA bei 365 KT.

Bei Gesuchen um Indikationserweiterung liegt der Medianwert in der Schweiz bei 418 KT (-77 KT; -16 %), jener der EMA bei 273 KT und derjenige der FDA bei 303 KT.

Relevant u. a. für Pharmaindustrie und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.interpharma.ch/medikamente/7145-benchmarking-studie-2019>

interpharma^{ph}

Bundesrat

interpharma^{ph}

Krebsforschung in der Schweiz

Im Jahr 2018 unterstützten die Stiftung Krebsforschung Schweiz, die Krebsliga Schweiz und die kantonalen und regionalen Ligen zusammen 175 verschiedene Forschungsinstitutionen und -vorhaben mit insgesamt 30.1 Mio. Franken. Diese jährliche Fördersumme ist ein neuer Rekord. Dies geht aus dem jüngsten Bericht zur Krebsforschung in der Schweiz hervor.

Relevant u. a. für Patienten/-innen

Quelle: <https://www.krebsliga.ch/forschung/forschungsfoerderung/forschungsbericht/-dl-/fileadmin/downloads/forschung/forschungsbericht-2019-krebsforschung-schweiz.pdf>



krebsliga schweiz
ligue suisse contre le cancer
lega svizzera contro il cancro

krebsforschung schweiz
recherche suisse contre le cancer
ricerca svizzera contro il cancro
swiss cancer research

Krebsregistrierungsgesetz

Am 1. Januar 2020 trat das Krebsregistrierungsgesetz (KRG) in Kraft. Aus onkologischer Sicht ist das neue Gesetz von grosser Bedeutung: Mit der landesweiten und einheitlichen Erfassung aller Krebserkrankungen kann neu die Versorgung von Krebsbetroffenen in der Schweiz besser geplant werden. Die Krebsliga Schweiz hat sich über 20 Jahre dafür eingesetzt.

Das neue Krebsregistrierungsgesetz verpflichtet alle Ärzte, Laboratorien, Spitäler und Institutionen des Gesundheitswesens, welche Krebs diagnostizieren, die Daten zu diesen Krebserkrankungen an die kantonalen Krebsregister oder das Kinderkrebsregister zu melden.

Relevant u. a. für Patienten/-innen

Quelle: <https://www.krebsliga.ch/medien/medienmitteilungen/pages/2019/ab-januar-2020-werden-alle-krebsfaelle-in-der-schweiz-einheitlich-erfasst/>



krebsliga schweiz
ligue suisse contre le cancer
lega svizzera contro il cancro

Humanforschung

Das seit 2014 geltende Humanforschungsgesetz (HFG) hat seine Ziele insgesamt erreicht, lässt sich aber noch verbessern. Der Bundesrat möchte die dazugehörigen Verordnungen anpassen, um weiterhin zeitgemässe Forschungsbedingungen zu gewährleisten. Das entsprechende Vernehmlassungsverfahren soll 2020 lanciert werden.

Relevant u. a. für Pharmaindustrie

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-77385.html>

Bundesrat

Tarifverträge im stationären Bereich

Der Bundesrat hat zwei Tarifverträge im stationären Bereich genehmigt. Dabei handelt es sich einerseits um die aktualisierte Tarifstruktur SwissDRG, welche die Abgeltung der stationären Leistungen im akutsomatischen Bereich der Spitäler und Geburtshäuser regelt. Andererseits hat der Bundesrat auch die geänderten Regeln zur Abrechnung nach TARPSY gutgeheissen und einen Tarifvertrag zur Vergütung einer innovativen Krebstherapie genehmigt.

Relevant u. a. für Spitäler

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-77386.html>

Bundesrat

Strategie Antibiotikaresistenzen

Die Entstehung resistenter Bakterien gehört weltweit zu den schwerwiegendsten Gesundheitsproblemen unserer Zeit. Die Schweiz ist gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft gefordert, die Zunahme der Resistenzen zu minimieren und deren Übertragung und Verbreitung einzuschränken. Im Jahre 2015 wurde deshalb die Nationale Strategie Antibiotikaresistenzen (StAR) lanciert. Zu den Massnahmen gehören die Förderung des sachgemässen Umgangs mit Antibiotika, die Infektionsprävention in Spitälern, die Überwachung von Resistenzen und Antibiotikaverbrauch, die Förderung von Forschung sowie die Wissensvermittlung an die und Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit.

Die Strategie wird vom Bund gemeinsam mit Ärztinnen und Ärzten, Apothekerinnen und Apothekern, Tierärztinnen und Tierärzten, Landwirtinnen und Landwirten und anderen Partnern umgesetzt. Jetzt zeigen sich erste Erfolge. Im Humanbereich haben z. B. die zuständigen medizinischen Fachgesellschaften einheitliche, schweizweit geltende Verschreibungsrichtlinien formuliert.

Relevant u. a. für Bund, Landwirtschaft, Pharmaindustrie, Ärzte/-innen, Apotheker/-innen, Tierärzte/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-77095.html>

Bundesrat

Statistiken der Spitalbetriebe 2018

Eine Million Menschen suchte im Jahr 2018 für eine stationäre Behandlung ein Schweizer Spital oder Geburtshaus auf. Dies entspricht 12 % der Gesamtbevölkerung. Damit ist ein minimaler Rückgang zum Vorjahr zu verzeichnen. Da ein Teil der Patientinnen und Patienten Mehrfachbehandlungen in Anspruch nahm, betrug die Zahl der stationären Spitalaufenthalte 1.47 Millionen. Im zweiten Jahr in Folge stagnieren die Kosten im stationären Bereich der Spitäler. Der Kostenanstieg im ambulanten Bereich fällt 2018 mit 3 % moderater aus als in den Vorjahren.

Relevant u. a. für Spitäler

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-77117.html>

Bundesrat

Klienten statt Patienten

Avenir Suisse schlägt ein wertorientiertes Gesundheitssystem vor.

Relevant u. a. für Patienten/-innen

Quelle: <https://www.avenir-suisse.ch/klienten-statt-patienten/>

avenir suisse

think tank for economic and social issues

Gesundheitsprofile europäischer Länder

Die Europäische Kommission veröffentlichte eine Reihe von Ländergesundheitsprofilen. Jedes Ländergesundheitsprofil bietet eine kurze Synthese des Gesundheitszustands im Land, der Gesundheitsfaktoren (mit Schwerpunkt auf verhaltensbedingten Risikofaktoren), eine Darstellung der Organisation des Gesundheitssystems sowie eine Analyse der Wirksamkeit, Zugänglichkeit und Belastbarkeit der einzelnen Gesundheitssysteme. Die Kommission hebt «5 grosse Trends bei der Transformation der Gesundheitssysteme» hervor, darunter Impfschwierigkeiten, digitale Transformation und erschwingliche, innovative und nachhaltige Arzneimittel.

Relevant u. a. für Gesundheitssystem

Quellen: https://ec.europa.eu/health/state/country_profiles_en
https://ec.europa.eu/health/sites/health/files/state/docs/2018_healthatglance_rep_en.pdf



Bundesratsziele 2020

Bundespräsident Ueli Maurer hat die Ziele des Bundesrats für das Jahr 2020 präsentiert. Diese sind auf die drei Leitlinien der Legislaturperiode 2019–2023 abgestimmt.

- Die Schweiz sichert ihren **Wohlstand** nachhaltig und nutzt die Chancen der Digitalisierung.
- Die Schweiz fördert den nationalen **Zusammenhalt** und leistet einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit.
- Die Schweiz sorgt für **Sicherheit**, engagiert sich für den Schutz des Klimas und agiert als verlässliche Partnerin in der Welt.

Konkretisiert hat der Bundesrat diese Leitlinien in 18 Zielen, die ebenfalls für die gesamte Legislatur gelten.

Relevant u. a. für Bund und Schweizer Bevölkerung

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-77335.html>

Bundesrat

Anpassung des AHV-Beitragssatzes

Am 1. Januar 2020 stieg der AHV/IV/EO-Beitrag für Arbeitnehmende und Arbeitgeber von 10.25 % auf 10.55 % (von 5.125 % auf 5.275 % für beide). Die Mindestbeiträge der Selbstständigerwerbenden für AHV/IV/EO wurden von 5.196 % auf 5.344 % und der maximale Beitrag für AHV/IV/EO von 9.65 % auf 9.95 % erhöht. Für Erwerbstätige, die der freiwilligen Versicherung angeschlossen sind, erhöhte sich der AHV/IV-Beitragssatz von 9.8 % auf 10.1 %.

Relevant u. a. für Arbeitgeber/-innen, Arbeitnehmer/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-77028.html>

Bundesrat

Kontingente 2020 für Erwerbstätige aus Drittstaaten und Dienstleistungserbringer aus der EU/EFTA

Bundesrat

Schweizer Unternehmen sollen so viele Arbeitskräfte wie möglich in der Schweiz rekrutieren. Trotzdem ist die Schweizer Wirtschaft auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Darum sollen ergänzend zur Personenfreizügigkeit mit der EU/EFTA auch im kommenden Jahr die benötigten Fachkräfte aus Ländern ausserhalb der EU rekrutiert werden können. Im kommenden Jahr sollen wiederum 8 500 Spezialistinnen und Spezialisten aus Drittstaaten rekrutiert werden können: 4 500 mit Aufenthaltsbewilligungen B und deren 4 000 mit Kurzaufenthaltsbewilligungen L.

Für den Fall eines No-Deal-Brexit hat der Bundesrat zudem die Höchstzahlen für erwerbstätige UK-Bürger für 2020 festgelegt.

Relevant u. a. für Arbeitgeber/-innen, Arbeitnehmer/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-77233.html>

Regulierungsfolgenabschätzung

Bundesrat

Der Bundesrat hat neue Richtlinien für die Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) verabschiedet. Zur Optimierung der RFA wird unter anderem ein Quick-Check eingeführt. Die neuen Richtlinien treten am 1. Februar 2020 in Kraft.

- Mit einem Quick-Check werden der regulatorische Handlungsbedarf sowie die wichtigen Auswirkungen von Vorhaben des Bundes aufgezeigt. Ein Quick-Check ermöglicht auch, die Notwendigkeit weiterer Analysen möglichst früh im Prozess zu identifizieren.
- Bei wichtigen Vorlagen führt der Bundesrat vermehrt vertiefte Analysen durch. Sind Unternehmen besonders betroffen, werden die anfallenden Regulierungskosten geschätzt und standardisiert dargestellt. Die Resultate der RFA-Analysen müssen zudem veröffentlicht und in den erläuternden Berichten und Botschaften transparent wiedergegeben werden.
- Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) ist die beratende Fachstelle für RFA. Dessen Aufgaben im Bereich der RFA werden neu in der Organisationsverordnung des WBF verankert.

Relevant u. a. für Bund und Schweizer Bevölkerung

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-77411.html>